

## **Tagungsbericht**

# Der Heilige Stuhl in den internationalen Beziehungen 1870-1939

Jörg Zedler

1. Karl Graf Spreti Symposium  
Katholische Akademie in Bayern, München  
1. und 2. Juli 2009

„Countries [...] if they cannot have God on their side, at least would like to have the Pope there“, urteilte Stewart Stehlin treffend schon 1983 über die Zeit der Pontifikate Benedikts XV. und Pius' XI.<sup>1</sup>

Die Ansicht, dass der Heilige Stuhl erst mit dem Ersten Weltkrieg maßgeblich an politischer Bedeutung gewann, ist weit verbreitet. Doch welche Rolle spielte er in den politischen Überlegungen der Mächte vor der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“? Waren seine eigenen Vorstellungen von religiösen oder politischen Überlegungen geleitet? Waren diese Dimensionen überhaupt zu trennen?

Das Kolloquium „Der Heilige Stuhl in den internationalen Beziehungen 1870–1939“, das die Karl Graf Spreiti Stiftung, die Katholische Akademie in München und das Historische Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München ausrichteten, ging der Rolle des Heiligen Stuhls in den internationalen Beziehungen nach.

Eingangs präsentierte WINFRIED BECKER (Passau) eine lange vermisste vergleichende Auseinandersetzung des bayerischen mit dem preußischen Kulturkampf. Das Thema, so Becker, nötige dazu, von den verschiedenen Deutungsmustern, mit denen man sich den Kulturkampf erschließt, jenes zu wählen, das die Auswirkungen in den Blick nimmt, den dieser Kampf zwischen Kirche und Staat auf die innerstaatliche Entwicklung hatte. Reichskanzler Bismarck wollte diesen Kampf nutzen, um die Zentrumsparterie und das Ziel der Mitbestimmung von Katholiken im neuen Reich zurückzudrängen. Er sah hier Exponenten der durch das Unfehlbarkeitsdogma gestärkten Macht des Papsttums am Werk. Indes bildeten die Zentrumsabgeordneten im preußischen Landtag und im Reichstag eine Minderheit, und die katholische Patriotenpartei hatte Bayerns Anschluss ans Reich nicht verhindert. Der Reichskanzler hätte sich also – wie das nationalliberale Bürgertum – in der inneren Politik „saturiert“ zeigen können. Obwohl der Kanzelparagraph und das Gesetz über die Ausweisung der Jesuiten von Bayern ausgingen, nahm der Kulturkampf, betonte Becker, in beiden Staaten einen unterschiedlichen Verlauf. Die katholischen Bischöfe und Geistlichen wurden in Preußen weit heftiger verfolgt als in Bayern. Die Katholiken vermochten sich zwar in einer parlamentarischen Partei zu organisieren, aber die deutsche Parteienlandschaft wurde durch den Kulturkampf konfessionell und weltanschaulich auf-

---

<sup>1</sup> Stewart A. Stehlin: Weimar and the Vatican 1919–1933. German-Vatican Diplomatic Relations in the Interwar Years; Princeton 1983, S. VIIf.

gespaltet. Das hat die Entwicklung, so sein in die Zukunft weisendes Fazit, zur parlamentarischen Monarchie im Reich wie in Bayern gehemmt.

MARTIN SCHULZE WESSEL (München) weitete im Anschluss den Blick aber auf das Ausland und ging der Frage nach, welche Bedeutung, das Erste Vatikanum für Russland hatte. Das russische Interesse am Vatikanum speiste sich aus zwei Zusammenhängen: einem politischen und einem religiös-geistesgeschichtlichen. Politisch war das Vatikanum für die russische Regierung vor dem Hintergrund des politischen Aufstands von 1861 relevant. Der Aufstand hatte den Widerspruch zwischen den Geltungsansprüchen der imperialen Religionspolitik und der vatikanischen Politik konfliktvoll zugespitzt. Dabei ging es z. T. um Streitpunkte, wie sie für Kulturkämpfe des 19. Jahrhunderts typisch sind, z.B. um die Frage der direkten Kommunikation zwischen Heiligem Stuhl und den Bischöfen des Reiches. Während des Ersten Vatikanums setzte sich in der russischen Politik eine vom Außenministerium verfolgte Linie durch, welche die Toleranztraditionen des Imperiums betonte und auf einen Ausgleich mit dem Vatikan setzte. Ganz anders die Haltung der orthodoxen Kirche: Selbstverständlich konnte sie z.B. die Infallibilität des Papstes nicht anerkennen. In einem Teil der orthodox geprägten Öffentlichkeit und insbesondere bei den Slavophilen empfand man daher große Sympathie für Minderheitenmeinungen des Konzils, in der man eigene Positionen wiedererkannte und sich davon eine künftige Annäherung der Kirchen versprach.

Anschließend sprach ALBERTO MELLONI (Modena) über das Verhältnis Italiens zur Kirche nach 1870 in der Wahrnehmung der Historiographie. Dabei unterstrich er, dass zwar das Ende der weltlichen Herrschaft des Papstes als Teil der Risorgimento-Forschung untersucht wurde, dessen Konsequenzen für die Politik des Heiligen Stuhls aber vernachlässigt wurden. Er betonte daher nachdrücklich, dass das Ende der weltlichen Herrschaft sowohl die päpstlichen Mittel prägte (Neutralität, öffentliche Stellungnahmen zu politischen Themen) als auch neue Schwierigkeiten schuf und nannte exemplarisch das Verhältnis zwischen Papst und Kardinalstaatssekretär in Fragen der internationalen Politik.

Am Nachmittag referierte zunächst ANDREAS GOTTSMANN (Wien) über die Haltung des Heiligen Stuhls zum stärker werdenden nationalistischen Impuls innerhalb

der katholischen Kirche der Donaumonarchie zwischen 1878 und 1914 – einem Forschungsvorhaben, dem er fünf Jahre am Österreichischen Historischen Institut in Rom nachging. So konnte er nachweisen, dass die Beschäftigung des Hl. Stuhls mit der nationalen Problematik auf Anlassfällen beruhte: Rom befasste sich nur dann mit entsprechenden Fragen, wenn Konflikte im jeweiligen lokalen Ambiente als so relevant angesehen wurden, dass man dort zu dem Ergebnis kam, die Kirchenzentrale damit befassen zu sollen. Beispielsweise wurden die bereits seit Jahrzehnten übliche Kirchengesänge und Gebete in der Volkssprache erst durch die nationalistische Polemik zu einem Problem, das die Kirchenzentrale beschäftigte. Nachdem Rom zunächst durchaus Kompromissmöglichkeiten sah, zog es sich erst durch das aufkommende nationalistische Getöse auf den Standpunkt des christlichen Universalismus zurück. Knapp vor der Jahrhundertwende eskalierten dann in verschiedenen Staatsteilen auch in kirchlicher Hinsicht national motivierte Probleme. Schließlich wies Gottsmann nach, dass das Bündnis zwischen Kirche und Staat in der Donaumonarchie am Vorabend des Ersten Weltkriegs brüchig geworden war. Beide Seiten dachten an mögliche politische Alternativen, was trotz der prinzipiellen Deckungsgleichheit politischer Interessen zu sich häufenden Konflikten und politischen Divergenzen führte.

Zum Abschluss der Session sprach MARIE-EMMANUELLE REYTIER (Québec) über die Dreyfuß-Affäre. Bei deren Erforschung, so Reytier, sei die Haltung des Papstes bisher meist vernachlässigt worden. Anders als die bisherige Literatur – die davon ausgeht, dass die Mehrzahl der französischen Katholiken gegen Dreyfus war, während Leo XIII. für ihn votierte – argumentierte sie, dass beider – der französischen katholischen Öffentlichkeit wie des Papstes – Haltung sich im Laufe der Zeit änderte, beim Papst von Gleichgültigkeit (1884/97) über Ablehnung (1898/99) zur Akzeptanz einer Prozessrevision (1899). Die Gründe für diesen Meinungswechsel liegen in anti-judaistischen Einstellungen des Vatikans einerseits und einer auf Aussöhnung mit der Dritten Republik gerichteten Politik des Heiligen Stuhls andererseits.

Am Nachmittag referierte JÖRG ZEDLER (München) über die Politik Bayerns und des Heiligen Stuhles in der Julikrise 1914. Er bezog seine Ausführungen auf ein Telegramm, das der bayerische Gesandte am Heiligen Stuhl am 24.7.1914 nach einer Papstaudienz an seine Regierung richtete und in dem er von der Zustimmung Papst

Pius' X. als auch Kardinalstaatssekretärs Merry del Val zu einem Waffengang berichtete. Zedler kam zu dem Schluss, dass der Heilige Stuhl Bayern als Bande gebrauchen wollte, um Berlin und Wien wissen zu lassen, dass man auf ein Durchhalten Österreichs hoffe. Dem lag die Angst zugrunde, aufgrund fortgesetzter Provokationen die Autorität des apostolischen Monarchen zu untergraben und langfristig Österreich als katholischen Stützpfeiler gegen die Orthodoxie zu verlieren. Zedler unterstrich, dass der Heilige Stuhl zwar einen Krieg als Auseinandersetzung nicht ausschloss, um die Autorität Österreich-Ungarns wiederherzustellen, dabei aber weder ausschließlich auf Waffengewalt setzte, noch einen Krieg befürwortete, wie er sich dann mit dem Ersten Weltkrieg entwickelte, sondern an eine lokal begrenzte Auseinandersetzung dachte.

Das „bayerische Kapitel“ der Tagung schloss FLORIAN HEINRITZI (München) ab, der über das Konkordat von 1924/25 sprach. Die Staat-Kirche-Verhältnisse erzwangen nach der Revolution eine grundlegende Neuordnung. Der 1917 als Nuntius nach München gekommen Eugenio Pacelli war von Anbeginn der entscheidende Kopf der Verhandlungen. Die schwierige innenpolitische Lage Bayerns aber auch des Reiches bedingten, dass sich die Verhandlungen von 1919 bis 1924 (Paraphierung) bzw. 1925 (Ratifizierung) hinzogen. Heinritzi stellte insbesondere heraus, dass das Konkordat das zentrale Instrument war, mit dem Bayern seiner staatlichen Eigenständigkeit in der neuen Republik Nachdruck verleihen wollte. Vor allem diesem Umstand sind weitgehende Zugeständnisse an die Kirche zu verdanken, die sich auch in den zentralen Punkten des Vertragswerkes manifestierten.

Am Abend des ersten Tages referierte KLAUS UNTERBURGER (Münster) über das Deutschlandbild Eugenio Pacellis. Er betonte, dass es einerseits durch seine römisch-theologische Prägung und seine papstzentriert-kanonistische Perspektive, andererseits durch seine Erfahrungen in Deutschland als Nuntius bestimmt wurde. Er zeigte, wie Pacelli Frömmigkeit und organisatorische Verfassung des deutschen Katholizismus als vorbildlich bewertete, wie diesem aber in Pacellis Augen dennoch der Niedergang drohe, da bei den Intellektuellen, der akademischen Jugend und in Fragen der Sexualmoral keimhaft der kirchliche Bedeutungsverlust angelegt sei, wenn nicht entschieden gegengesteuert würde. Der deutsche Geist sei durch Organisationskraft, aber auch durch Subjektivismus und protestantischen Rationalismus zu

charakterisieren. Seine Abwehrstrategie zielte auf die Romanifizierung der deutschen Theologie und das Auswechseln des deutschen Episkopats zugunsten in Rom ausgebildeter, dem Papst ganz ergebener Bischöfe, die eine restriktivere Überwachungsfunktion ausüben sollten. Die zentralen Linien seiner Deutschlandpolitik ab 1930, so Unterburgers Fazit, lassen sich zwanglos aus dieser Perspektive erklären.

Zu Beginn des zweiten Tages stellte THOMAS BRECHENMACHER (Potsdam) die unter seiner Regie entstehende digitale Quellenedition der Berichte des Apostolischen Nuntius in Berlin, Cesare Orsenigo vor, deren erstes Teilstück, der Jahrgang 1933, ab August 2009 freigeschaltet werden wird (<http://www.dhi-roma.it/orsenigo.html>). Mit dieser Arbeit wird eine Forschungslücke geschlossen, fiel doch das Urteil der Historiker über den Nachfolger Pacellis meist negativ aus, ohne dass es auf gesicherter Quellenbasis gefußt hätte. Orsenigos Berichte aus Berlin, einschließlich der Anweisungen des Staatssekretariats an ihn, dokumentieren das Ende der Weimarer Republik und die Geschichte der nationalsozialistischen Diktatur aus dem Blickwinkel der spezifischen Interessen und Wahrnehmungen kurialer Diplomatie. Aber nicht nur die Themen mit unmittelbarem Kirchenbezug sondern auch die großen allgemeinpolitischen Fragen der Zeit erörterte Orsenigo ausgiebig. Ohne die Berichterstattung Orsenigos zu berücksichtigen, wird ein fundiertes Urteil über die Politik des Heiligen Stuhls dem nationalsozialistischen Deutschland gegenüber zukünftig nicht mehr möglich sein, zumal sich erst langsam eine zutreffende Diagnose des Nationalsozialismus bei den führenden Akteuren im Vatikan herausbildete. Brechenmacher macht damit auch klar, dass die Bedeutung der Berichte Orsenigos eine kritisch kommentierte Volledition verlangt, um eine selektive Rezeption zu verhindern.

Im Anschluss daran beschäftigte sich CHRISTIAN KUCHLER (München) mit der päpstlichen Medienpolitik zwischen 1895 und 1939. Nachdem die beiden wichtigsten modernen Medien, Film und Rundfunk, zunächst kaum beachtet worden waren, entwickelte der Heilige Stuhl an ihnen ab den 1930er Jahren ein eigenständiges Interesse, das in der Gründung von "Radio Vatikan" und der Filmzyklika "Vigilanti cura" (1936) gipfelte. Vor allem der spätere Pius XII. habe, so Kuchler, diese Entwicklung schon in seiner Funktion als Kardinalstaatssekretär vorangetrieben. Grundsätzlich aber blieb der päpstliche Umgang mit den gesellschaftlichen Massenkommunika-

tionsmitteln bis 1939 defensiv geprägt. Eine grundlegende Veränderung ergab sich hier erst nach dem Zweiten Weltkrieg.

STEFAN SAMERSKI (München) befasste sich mit der Konkordatspolitik des Vatikans in der Zwischenkriegszeit im Allgemeinen. Mit der Promulgierung des Codex Iuris Canonici von 1917, stellte er eingangs fest, brach eine neue Ära an: „Der Kodex marschiert durch die Konkordate“ (Ulrich Stutz). Unzweifelhaft, so ein erstes Fazit, bewirkten die Konkordate einen gewaltigen Modernisierungsschub für die katholische Kirche und ihr Agieren in einer weitgehend säkularisierten, demokratischen Welt. Dabei war der Kirche die Gunst der Stunde bei der Durchsetzung ihres neu formulierten Eigenverständnisses behilflich. Die faschistischen Regime brachen zwar vielfach die Abmachung, sagten sich aber nicht grundsätzlich von den Verträgen los und ließen es nicht zum Äußersten kommen. Anders die kommunistischen Regimes, die nach 1945 die Konkordate brüsk kündigten und seit den 1950er Jahren eine umfassende Kirchenverfolgung in Gang setzten.

Als vorletzter Redner widmete sich ARPAD VON KLIMO (Pittsburgh) dem Verhältnis des Heiligen Stuhls zu Ungarn während der Zwischenkriegszeit. Der führende Kirchenhistoriker Ungarns, Jenő Gergely, so von Klimó, charakterisierte die Horthyzeit bis zur Teilnahme Ungarns am Zweiten Weltkrieg (1941) als eine „zwei Jahrzehnte [lange] ungestörte Zusammenarbeit“ zwischen Ungarn und dem Vatikan. Klimó hingegen unterzog diese überwiegend positive Bewertung der Beziehungen zwischen Ungarn und dem Vatikan einer kritischen Überprüfung. Er exemplifizierte seine Methode an den Feldern der Innen- und Kirchenpolitik des Regimes, der sog. „katholische Renaissance“ in Ungarn, der Außenpolitik und schließlich anhand eines Vergleichs der ungarisch-vatikanischen Beziehungen mit den diplomatischen Verhältnissen des Heiligen Stuhls zu den Nachbarstaaten Ungarns.

Zum Abschluss referierte EMILIA HRABOVEC (Bratislava) über den Heiligen Stuhl und die Tschechoslowakei während der Jahre 1938/39. Die Entwicklung der Sudetenfrage, betonte sie, sei seit Anfang 1938 sehr aufmerksam verfolgt worden. Der Heilige Stuhl sah klar, dass die Hauptprotagonisten des Dramas in Berlin saßen, war sich allerdings auch der innenpolitischen Ursachen der Krise bewusst. Die realen Erfolgsaussichten der britischen Vermittlungsversuche schätzte Rom unter den gege-

benen Bedingungen gering ein. Das vatikanische Grundanliegen bestand in dieser Situation darin, eine friedliche Lösung der Krise zu finden. Dennoch weigerte sich der Papst lange, dem seit dem Frühjahr 1937 intensiven Drängen insbesondere aus Frankreich nachzugeben und mit einer Friedens- oder Vermittlungsinitiative aufzutreten, da er dafür keinen realen Spielraum mehr sah. Der Papst schätzte es, dass durch die Münchner Konferenz der Friede gerettet werden konnte, die Art und Weise der Entscheidungsfindung wies er allerdings als politisch und moralisch unvertretbar zurück. Große Besorgnis verursachte ihm auch die manifeste Stärkung Deutschlands, zumal er überzeugt war, dass die Ambitionen Hitlers mit München noch nicht befriedigt wären.

Die insgesamt 13 Vorträge ließen sukzessive ein Bild des Vatikans als einem Akteur entstehen, der wie kein anderer im Zentrum der internationalen Beziehungen stand und vice versa auch die jeweilige nationale Politik beeinflusste.